

Wie steht's um die Forschungsfreiheit?

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat im Auftrag des Deutschen Hochschulverbandes und der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Umfrage durchgeführt.

Die meisten Hochschullehrerinnen und -lehrer an deutschen Universitäten fühlen sich in ihrer Forschung frei, doch einige Probleme behindern die wissenschaftliche Arbeit. Das zeigen die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage.¹⁾ 93 Prozent der Befragten meinen, dass es in Deutschland sehr viel oder viel Wissenschaftsfreiheit gibt. Damit gehört Deutschland zu den Ländern, denen die – oft international gut vernetzten – Hochschullehrerinnen und -lehrer weltweit am meisten Wissenschaftsfreiheit zuschreiben. Das garantiert aber noch

nicht die ungehinderte Forschung. Drei Viertel der Befragten fehlt dazu die schöpferische Muße; 68 Prozent kritisieren, dass unter dem Zwang zum schnellen Publizieren Forschung und Lehre leiden.

Ein besonderes Problem an den Universitäten sehen die Befragten in der wachsenden Bürokratie, die ihnen die Zeit für Forschung und Lehre nimmt. Dazu rechnen sie die akademische Selbstverwaltung sowie das Schreiben von Gutachten und Anträgen. Während 1977 noch 72 Prozent der Arbeitszeit der Professorinnen und Professoren auf Forschung, Lehre und Prüfungen entfielen, sind es heute nur noch 59 Prozent. Insbe-

sondere kostete es zu viel Zeit, sich um Forschungsmittel zu bewerben.

Einschränkungen der Diskussionsfreiheit fallen aus Sicht der Befragten nicht stark ins Gewicht. Dennoch beklagen 13 Prozent, dass „Political Correctness“ es verhindere, bestimmten Forschungsfragen nachzugehen. Gleichzeitig vertreten 53 Prozent die Ansicht, dass es an einer Universität nicht erlaubt sein sollte, den Klimawandel zu bestreiten. 37 Prozent sprechen sich gegen Rüstungsforschung aus und ein Viertel möchte an Universitäten verbieten, sich der gendergerechten Sprache zu verweigern.

DHV / Kerstin Sonnabend

1) Zusammenfassung der Ergebnisse: bit.ly/2wVaLxB (PDF)

Digitale Strukturen

Europa konkretisiert seine Konzepte zu Daten und Künstlicher Intelligenz.

Die neue EU-Kommission hat am 19. Februar ihre Pläne für ein digitales Europa vorgestellt.¹⁾ Diese teilen sich auf in eine europäische Datenstrategie und ein Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz (KI). Die Dokumente behandeln Themen wie Cybersicherheit und kritische Infrastrukturen, digitale Bildung und Kompetenzen bis hin zu Demokratie und Medien. Das umfangreiche Maßnahmenpaket gliedert sich in die Bereiche „Technologie im Dienste der Menschen“, „Faire und wettbewerbsfähige Wirtschaft“, „Offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft“ sowie „Europa als globaler Akteur“. Konkrete Punkte sind z. B. die Beschleunigung der Gigabit-Anbindungen, Hochleistungs- und Quantenrechnen, ein europäischer Rechtsrahmen für Daten-Governance, eine digitale kreislauforientierte Industriestrategie mit klimaneutralen Servern und eine internationale Normungsstrategie. Finanziert werden sollen die Konzepte aus dem

nächsten Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“, dem „Programm für das Digitale Europa“ und der „Connecting Europe Facility“. So schlägt die Kommission vor, in Horizon Europe 15 Milliarden Euro für Digitales, Industrie und Raumfahrt



vorzusehen. Für das Digitale Europa will sie rund 2,5 Milliarden Euro in neue Datenplattformen und KI-Anwendungen investieren. Weiterhin sieht die EU-Kommission Europa als Vorreiter bei vertrauenswürdiger KI und Datenwirtschaft. Langfristiges Ziel aller Maßnahmen ist ein einheitlicher europäischer Datenraum.

Das Konzept steht nun zur Diskussion; Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger können bis Mitte Mai Stellungnahmen abgeben. Parallel dazu läuft der vierte „EU Datathon“, bei dem die besten Ideen zur Nutzung des großen offenen Datenbestands der EU-Institutionen gesucht werden.

Fast zeitgleich zur EU-Kommission haben Deutschland und Frankreich ein gemeinsames Papier zur geplanten europäischen Dateninfrastruktur GAIA-X veröffentlicht.²⁾ Das Papier wurde gemeinsam mit Wirtschaft und Verbänden aus beiden Ländern entwickelt. Es fordert unter anderem gemeinsame Standards und präzisiert grundsätzliche technische Anforderungen an Portabilität, Cyber- und Datensicherheit, Identitäts- und Zugangsmanagement sowie energetische Effizienz.

Matthias Delbrück

1) bit.ly/38Ntokv

2) PDF unter bit.ly/390Xs00